

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
V/02	S0184/06	18.09.2006
zum/zur		
A0153/06		
Bezeichnung		
Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	10.10.2006	
Gesundheits- und Sozialausschuss	15.11.2006	
Stadtrat	07.12.2006	

- Zu 1. - den Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) zur gemeindezentrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2005 dem Stadtrat als Drucksache oder Information kurzfristig zur Kenntnis zu geben;**
- zu 2. - bis zum Frühjahr 2007 einen Workshop durchzuführen mit dem Ziel, gemeinsam mit Akteuren der PSAG, weiteren Fachleuten und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung die im Bericht enthaltenen Empfehlungen und Schlussfolgerungen hinsichtlich ihrer Umsetzung zu erörtern und**
- zu 3. - dem Stadtrat bis zum Juni 2007 differenzierte Schlussfolgerungen bezogen auf die jeweiligen Versorgungsbereiche zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Der Bericht ist durch die PSAG mit Beteiligung der Verwaltung erstellt worden. Die Empfehlungen zu den Versorgungsbereichen sind das Ergebnis der entsprechenden Diskussionsprozesse in der PSAG. Bei der Vorstellung des PSAG-Berichtes im Gesundheits- und Sozialausschuss wurde durch den Ausschussvorsitzenden angekündigt, dass der Bericht selbst bzw. die Problematik der psychiatrischen Versorgung von den Ausschussmitgliedern in den jeweiligen Fraktionen eingebracht wird. Den Bericht dem Stadtrat öffentlich zur Verfügung zu stellen, würde dieses Anliegen stützen. Ein erstes Ergebnis des bisher vereinbarten Vorgehens war, dass die Suchtkrankenversorgung noch einmal unter Beteiligung der wesentlichen Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialausschuss erörtert wurde.

Ein Workshop in der fachlichen Breite des gesamten Berichtes der PSAG wird nicht empfohlen. Aufgrund der bisher geleisteten fachlichen Diskussionsprozesse und der formulierten Empfehlungen pro Versorgungsbereich liegt eine durch die Mitglieder der PSAG herausgearbeitete detaillierte fachliche Einschätzung vor. Durch die Verwaltung wird angeregt, eine weitere Erörterung entsprechend der bisherigen Vorgehensweise unter Beteiligung der wesentlichen Magdeburger Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialausschuss vorzunehmen. Der Stadtrat bzw. der Gesundheits- und Sozialausschuss kann auf der Grundlage dieser Diskussionen und aus den Empfehlungen des Berichtes konkretisierende Arbeitsaufträge an die Verwaltung formulieren.

Zu 4. - die engagierte langjährige ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft angemessen zu würdigen.

Ehrenamtliche Arbeit in der PSAG leisten die Vertreter/innen der Selbsthilfeorganisationen und der Angehörigen. Mit der Information I 0159/06 - Sachstand Projekt Ehrenamtspass – Stadtrat 07.09.2006 - wird dem Anliegen des Antrages im weiteren Vorgehen entsprochen und der Antragsgegenstand dieses Antrages berücksichtigt.

Bröcker